Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 291. Halle, Freitag, den 25. Juni 1920. **Einzelpreis 20 Pfg.**

Reichstagseröffnung und Regierungsbildung.

Im Laufe des Donnerstag vormittag war es noch nicht gelungen, eine Regierung zustande zu bringen. So wurde die für nachmittags drei Uhr festgesetzte Eröffnung des neuen Reichstags, die in der Vorkriegszeit meist Anlaß zu einem pompösen Zeremoniell im Weißen Saale des Berliner Schlosses gab, noch um vieles nüchterner, als es sich mancher gedacht haben mag. Die Formalitäten wurden ganz trocken geschäftsmäßig erledigt und danach vertagte sich das Haus auf Freitag, um in diesem Tage die Präsidentenwahl vorzunehmen. Vielleicht wäre die kurze Sitzung ganz ohne Eindruck geblieben, wenn nicht die Unabhängigen mit ein paar faulen Witzen über die Abgeordneten Mittwoch und Stinnes den Versuch gemacht hätten, die Eintönigkeit der namentlichen Listenverlesung zu beheben.

Ueber den Stand der Verhandlungen wegen der Regierungsbildung ist zur Stunde wenig zu sagen. Daß Fehrenbach mit zäher Energie die Schwierigkeiten zu überwinden sucht, ist durchaus anerkennenswert. Er weiß, was er seiner Ernennung zum Reichskanzler schuldig ist, und wirft nicht gleich die Flinte ins Korn, wie es diejenigen taten, die vor ihm vom Reichspräsidenten den immerhin ehrenvollen Auftrag zur Schaffung eines Kabinetts erhalten hatten. Im Wahlkampfe Massensuggestion durch Schlagworte und Appells an die Gefühle statt an den Verstand der Massen zu treiben, ist entschieden einfacher, als nachher das in die Tat umzusetzen, was man den Wählern versprochen hat.

Nach dem, was bisher über die Resultate bekannt geworden ist, die Fehrenbach in den Verhandlungen erzielt hat, scheint es so als ob nun doch wieder die Demokraten, obwohl sie die schwächste Fraktion hinter sich haben, die Hauptlast in der Regierung übernehmen sollen. Angesichts dieser Tatsache ist es mehr als sicherlich, wenn die Hamburger Nachrichten und Blätter ähnlichen Schlages von Verantwortungsscheu und Kümmerlichkeit der Demokratenpartei sprechen und in dem Verhalten der Demokraten den Beweis dafür finden wollen, wie gerechtfertigt das „Strafgericht" gewesen sei, das das deutsche Volk am 6. Juni über diese Partei gehalten haben. „Die Demokraten kennen keine Pflicht gegen das Volk und Vaterland, sondern nur sich selbst. Allein durch die Schuld der Demokratischen Partei ist die Krise unnötig und nichtsnutzig verlängert, sind neue Schwierigkeiten geschaffen worden in einer Zeit, in der die Bildung einer Regierung keine Stunde länger hinausgeschoben werden darf." So heißt es wörtlich in dem Leitartikel der Hamburger Nachrichten. Diese Anwürfe sind so läppisch und dumm, daß man annehmen möchte, eine besonders starke Hitzewelle habe ungünstig auf die Gedankenklarheit des Schreibers jener Zeilen eingewirkt. Wir würden keine Veranlassung genommen haben, dieses Geschreibsel unter die Lupe zu nehmen, wenn nicht ähnliche Gedankengänge auch in anderen Blättern der gleichen Parteirichtung festzustellen wären, sodaß man immerhin auf eine zentrale Inspiration schließen kann. Wenn irgend etwas nichtsnutzig die Pflicht gegen Volk und Vaterland verletzt, so ist es diese niederträchtige Art, die geeignet ist, von vornherein schon wieder Stimmung gegen die Demokraten in der Regierung zu machen, die aus reiner Vaterlandsliebe wieder in die Bresche springen, nachdem von den Parteien, die im Wahlkampfe mit Unflat um sich geworfen haben, nicht genügend geeignete Männer präsentiert werden konnten, die ohne Hintergedanken die Verantwortung in einem republikanischen Kabinett mitzutragen bereit waren.

Wer es nicht einsehen will, welches Maß von Vaterlandsliebe, Pflichtbewußtsein, Selbstverleugnung und Hintenanstellung der Parteiinteressen es für die Demokratie unter den gegebenen Verhältnissen bedeutet, in eine Regierung einzutreten, die den größten Gefahren durch unverantwortliche, ja vielleicht böswillige Oppositionsparlamentarier ausgesetzt ist, dem ist nicht zu helfen. Das deutsche Volk aber sollte doch einsehen, daß ihm von Politikern dieses Schlages kein Heil erwachsen kann.

Wie schon erwähnt, scheint es so, als ob Reichskanzler Fehrenbach die Hauptschwierigkeiten überwunden hat, denn es ist kaum anzunehmen, daß er die terminmäßige Eröffnung des Reichstages zugelassen hätte, wenn er nicht die Gewißheit hätte, den berufenen Vertretern des Volkes bereits in den nächsten Tagen eine Regierung zu präsentieren, die vom Parlament so gestützt wird, daß sie das deutsche Volk in Spa erfolgversprechend vertreten lassen kann.

⊙

Weitere Nachrichten aus Berlin.

N. Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Bemühungen der Parteien, die Bildung des Kabinetts raschest zustandezubringen, haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Die verschiedentlich genannten Namen der neu in Betracht kommenden Personen treffen, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, noch nicht zu. Es heißt, daß der Oberbürgermeister Scholz, der der Deutschen Volkspartei angehört, noch nicht als endgültiger Kandidat für das Reichswirtschaftsministerium bezeichnet werden kann. Ebenso wird es bezweifelt, daß Landrat a. D. v. Raumer von der Deutschen Volkspartei, der als Reichsschatzminister genannt wird, diesen Posten erhalten wird. Festzustehen scheint bisher nur, daß die demokratischen Minister Koch und Geßler in ihren Aemtern verbleiben und der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Heinze Reichsminister der Justiz und Vizekanzler wird. Alles übrige ist noch im Fluß und in keiner Weise entschieden.

Reichstag.

Erste Sitzung. Donnerstag, 24. Juni.

Das Haus ist voll besetzt, desgleichen die Tribünen. Im übrigen deutet nichts im äußeren Aussehen des Saales auf die Bedeutung dieser ersten Sitzung des ersten Reichstages nach der Umbildung des Reiches hin.

Der Alterspräsident Abg. Rieke (Soz.) eröffnet die Sitzung und ernennt die Abg. Malkewitz, Frau Agnes, Frau Bohm-Schuch und Dr. Pfeiffer zu provisorischen Schriftführern.

Geschäftsordnungsmäßig wird sodann zum Namensaufruf der Abgeordneten geschritten, der sich im allgemeinen eintönig vollzieht und in dessen Verlauf sich ergibt, daß die meisten Minister im Plenum Platz genommen haben. Zum Beispiel die Abg. Wirth, Giesberts, David, Blunck und Bauer. So erklärt es sich auch, daß auf der Ministerbank Reichsminister Koch das gesamte Reichskabinett vertritt.

Beim Aufruf des Namens des Abg. Mittwoch (U. S.) ruft Abg. Ledebour unter schallender Heiterkeit des Hauses: „Der sitzt!" Zu einer ähnlichen Szene kommt es beim Aufruf des Namens Stinnes. Hier ruft Adolf Hoffmann (U. S.): „Wenn das Geld im Kasten klingt, der Stinnes in den Reichstag springt!"

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 432 Abgeordneten, 34 Abgeordnete fehlen.

Der **Alterspräsident** konstatiert die Beschlußfähigkeit des Hauses, setzt die nächste Sitzung auf Freitag nachmittag 3 Uhr mit der Tagesordnung der Wahl des Präsidiums fest und schließt gegen 4 Uhr.

Preußische Landesversammlung.

146. Sitzung. Donnerstag, 24. Juni, nachmittags 2½ Uhr.

Zur Beratung steht ein Antrag der Geschäftsordnungskommission, die Regierung möge die Haftentlassung des Abg. Kistian (U. S.) bewirken. Der Ausschußantrag wird gegen die Rechte angenommen.

Der Nothaushalt für 1920 wird in allen drei Lesungen ohne Erörterung angenommen.

Es folgt die Beratung eines Antrages des Verfassungsausschusses, die Regierung möge auf eine Aenderung der Reichsverfassung, betreffend die preußischen Stimmen im Reichsrate hinwirken. Es handelt sich insbesondere um eine Fristverlängerung, die der Artikel 168 der Reichsverfassung vorschreibt, daß die sämtlichen preußischen Stimmen im Reichsrat bis zum Erlaß eines besonderen Landgesetzes höchstens aber auf die Dauer eines Jahres von Mitgliedern der Regierung abgegeben werden können. Weiter fordert der Ausschuß, daß die Weiterberatung des Gesetzentwurfs über die Bestellung von Reichsratsmitgliedern durch die Provinzialverwaltungen so lange vertagt werde, bis die Entscheidung über die angeregte Aenderung der Reichsverfassung vorliegt.

Der Antrag wird angenommen.

Nächste Sitzung Montag, 5. Juli, 11 Uhr vormittags. Uebergang der standesherrlichen Bergregale auf den Staat.

Schluß 3¾ Uhr.

Das deutsch-polnische Korridor-Abkommen über die Beförderung der Stimmberechtigten.

WTB. Berlin, 23. Juni. Dem deutschen Geschäftsträger in Warschau ist vom polnischen Ministerium des Aeußern auf Grund von Verhandlungen mit der interalliierten Kommission in Allenstein nachstehende Erklärung vom 18. Juni übergeben worden, die auch für das Abstimmungsgebiet Marienwerder Gültigkeit haben soll:

1. Die polnische Regierung verpflichtet sich, die Stimmberechtigten der Abstimmungsgebiete von Marienwerder und Allenstein in täglich 7 Sonderzügen von je höchstens 52 Achsen während eines Zeitraumes von 14 Tagen durch das polnische Gebiet zu befördern.

2. Um jeden Verdacht der Parteilichkeit während der Kontrolle der Sonderzüge an der polnisch-deutschen Grenzstation zu vermeiden, bittet die polnische Regierung die interalliierten Kommissionen, ihrerseits Kontrollorgane zu stellen, die gemeinsam mit den entsprechenden polnischen Organen die Kontrolle vornehmen werden, welche die Sonderzüge benutzen.

3. Jeder Stimmberechtigte, der durch das polnische Gebiet zu fahren wünscht, muß sich durch folgende Papiere ausweisen: a) durch einen Abstimmungsausweis, ausgestellt von einer dafür zuständigen Kommission; b) durch einen Personalausweis mit Photographie. Die Abstimmungsausweise werden bei der Kontrolle gestempelt. Waffen dürfen nicht mitgeführt werden.

4. Die Durchfahrt der Stimmberechtigten durch das polnische Gebiet wird auf der Strecke Konitz-Dirschau-Marienburg erfolgen. Nach Ansicht der Eisenbahnsachverständigen genügt diese Strecke völlig für den Transport.

5. Die polnische Regierung nimmt von der Bereitwilligkeit der deutschen Regierung Kenntnis, die Wagen und Maschinen für die Züge auf der Strecke Konitz-Marienburg zu stellen. Die Züge werden von polnischen Beamten geführt und bedient werden. Ein polnischer Lokomotivführer wird die Maschine in Begleitung des deutschen Lokomotivführers und Heizers führen. Das deutsche Zugpersonal muß den Zug in Konitz verlassen; die polnische Zugbegleitung wird den Zug nach der Durchfahrt durch das polnische Gebiet in Marienburg verlassen; sie hat das Recht, dort einen Leerzug in Richtung Konitz abzuwarten.

6. Während der Durchfahrt durch das polnische Gebiet werden die Züge mit den Stimmberechtigten von einer gemeinsam aufgestellten alliierten und polnischen Eskorte begleitet werden, oder nur von einer polnischen, falls die interalliierten Abstimmungskommissionen das notwendige Personal nicht stellen können. Die Züge bleiben während der Durchfahrt durch das polnische Gebiet geschlossen; den Reisenden ist verboten, während des Aufenthalts die Züge zu verlassen.

Die Entwaffnungsfrage.

WTB. Berlin, 24. Juni. Bei der deutschen Regierung sind zur Entwaffnungsfrage zwei Noten eingegangen, eine vom Präsidenten der Friedenskonferenz, eine andere vom Obersten Rat. Die Note des Obersten Rates ist eine Ergänzung der Note des Präsidenten der Freidenskonferenz. Die Forderungen der Noten decken sich ungefähr mit dem, was die französische Presse während der letzten Zeit hierüber bereits zum Ausdruck brachte. Es wird grundsätzlich die Herabminderung des Heeres auf 100000 Mann gefordert. Zugestanden wird eine lokalorganisierte Polizei.

Die Verhandlungen mit Krassin.

Londoner Meldungen bestätigen, daß die Verhandlungen mit Krassin an einem kritischen Punkte angelangt sind. Krassin hat in der letzten Woche eine Privatunterredung mit Lloyd George gehabt, bei der Fritjof Nansen als Dolmetscher mitwirkte. Lloyd George machte es Krassin klar, daß die Verhandlungen abgebrochen werden würden, sofern die Sowjetregierung sich nicht bereit erkläre, die Schuld Rußlands gegenüber Privatpersonen im Auslande anzuerkennen. Krassin erwiderte, er habe keine Vollmacht zur Erörterung dieser Frage. Wenn die Bolschewiki, heißt es in einer Londoner Meldung „Politikens", ihre Haltung nicht ändern, so besteht die Aussicht, daß die Delegation Krassins in wenigen Tagen London unverrichteter Sache verläßt. Auch der Londoner Berichterstatter der „Berlingske Tidende" meldet, die Verhandlungen mit Krassin sollen praktisch gesprochen bereits gescheitert sein.

Im Gegensatz hierzu steht eine Mitteilung des Londoner Korrespondenten der französischen Zeitung „Journal", der mitteilt, es sei Lloyd Georges Wunsch, unter allen Umständen zu einem modus vivendi mit Rußland zu gelangen.

Charles Laurent französischer Botschafter in Berlin.

WTB. Berlin, 24. Juni. Die französische Regierung hat bei der deutschen Regierung das Agrément für Herrn Charles Laurent, den für Berlin bestimmten Botschafter, eingefordert. Das Agrément ist bereits erteilt worden. Er war wiederholt mit finanziellen Missionen der französischen Regierung im Auslande betraut.

Tsingtau.

Die Schantungfrage, die in sich auch das Schicksal von Tsingtau einbegreift, ist jetzt wieder aufgerollt worden. Einer Reutermeldung zufolge hat sich die japanische Regierung, die durch ihre Unterschrift in Versailles gemäß Art. 156—158 des Friedensvertrages das Verfügungsrecht über Tsingtau erhalten hat, nach Peking gewandt, um über eine eventuelle Rückgabe des ehemals deutschen Pachtgebietes an China zu beraten. Augenscheinlich erfolgt dieses Angebot, das schon im April auftauchte, auf Veranlassung Englands, dem es unangenehm ist, daß China sich in den Schmollwinkel zurückgezogen hat. Die Zusammenhänge sind einigermaßen klar. England möchte seinen chinesischen Besitz in Hankau Shanghai um jeden Preis sichern und schiebt deshalb seinen ostasiatischen Bundesgenossen vor, um das Reich der Mitte zu versöhnen. Eine Entschädigung für Japan soll auf wirtschaftlich-finanziellem Gebiete erfolgen. Vorläufig hat sich China hartnäckig geweigert, mit Japan in Verhandlungen einzutreten, angeblich weil China keinen rechtlichen Anlaß hat, in den Beratungen die Bestimmungen eines Vertrages zugrunde zu legen, die es nicht anerkannt hat. Dieser Grund mag mitgespielt haben bei der ablehnenden Stellungnahme Chinas, hauptsächlich aber ist die Zurückweisung des japanischen Angebotes auf zwei andere Momente zurückzuführen. In erster Linie ist es die Rücksichtnahme auf die ganz allgemeine Erbitterung der Chinesen gegen die Politik Japans, der man Verrat an den ostasiatischen Interessen vorwirft und zum andern ist es das offensichtliche Bestreben Chinas, für alle Fälle freie Hand zu bekommen und Herr im eigenen Hause zu sein. Das Pekinger Kabinett hat, nachdem es ein Vierteljahr lang die japanischen Wünsche auf Verhandlungen Tsingtau betreffend unbeachtet gelassen hat, am 22. Mai dahin beantwortet, daß Japan die Räumung so schnell wie möglich durchführen solle, wobei es durchblicken ließ, daß für eine geeignete Polizeiorganisation zum Ersatz für die abziehende japanische Besetzung Sorge tragen werde. Japan seinerseits glaubt nun, daß Verhandlungen unvermeidlich sind, weil es sich darum handelt, die auf Japan, gemäß Friedensvertrag, übergegangenen Rechte und Interessen Chinas neu zu ordnen. Formell mag Japan im Rechte sein, es darf aber nicht verkannt werden, daß China ein höheres Interesse daran hat, Einzelverhandlungen mit Japan, die sich nur auf ein Spezialthema beschränken, zu vermeiden, um im größeren Rahmen die ostasiatische Frage, in der sich noch zuviel abendländische Einflüsse geltend gemacht haben, im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes endgültig ins Reine zu bringen. Daß China

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200625016/fragment/page=0001

hauptsächlich hieran liegt, weiß Japan, aber es kann darauf nicht eingehen, weil es gegen den Geist des englisch-japanischen Bündnisses verstößt, der in China bereits mal böses Blut gemacht hat. Nebenbei sei hervorgehoben, daß es im weiteren Sinne nur im Interesse Deutschlands liegen kann — soweit heute noch von deutschen Interessen im fernen Osten gesprochen werden kann— wenn China das freie Verfügungsrecht über sein Gebiet zurückerhält. Die Tsingtaufrage wäre eine zu enge Begrenzung, die Regelung müßte sich auch auf die Mandschurei und die südchinesischen Besitzungen, die England in der Hand hat, erstrecken. Einen Ausweg für die Bereitschaft Chinas zu Verhandlungen gäbe es nur dann, wenn sich sowohl Japan wie China verpflichten, zu einem bestimmten späteren Termin den ganzen Komplex der chinesischen Fragen im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes auf neue Grundlagen zu stellen.

Deutsches Reich.

Ankauf des deutschen Dampfers „Rheinland" durch eine holländische Gesellschaft.

Wie Hollandsch Nieuwsbüro erfährt, hat die Industrie-Aktiengesellschaft Frank Rysdyk das deutsche Linienschiff „Rheinland" (18 000 Ts.) mit dem vollständigen Inventar angekauft. Dieses Schiff, das sich in Kiel befindet, wird das größte sein, das in Holland jemals abgetakelt worden ist. Der Verkauf wurde seitens Englands für Rechnung der Entente getätigt. An den Verkauf war die Bedingung geknüpft, daß das Schiff keinesfalls an eines der Länder gegeben werden darf, mit denen die Entente Krieg führte.

Erzberger bleibt vorläufig im Zentrum. Gestern nachmittag erschien der Reichsfinanzminister a. D. Matthias Erzberger zum ersten Male wieder im Reichstagsgebäude. Wie wir erfahren, sollte sich gestern die Zentrumsfraktion über das Verbleiben Erzbergers in der Fraktion schlüssig werden. Da glaubte Erzberger natürlich, nicht fehlen zu dürfen. Er hielt eine mehrstündige Rede, in der er mit längst bekannten Kunstgriffen operierte; so erklärte er u. a., daß der Helfferich-Prozeß noch lange nicht entschieden sei, da er Revision eingelegt habe. Die Gewerkschaftler unterstützten ihn, besonders Herr Andree setzte sich für Erzberger ein. Die Gewerkschaftler drohten, aus der Zentrumsfraktion auszutreten, wenn Erzbergers Ausscheiden aus dem Zentrum erzwungen würde. So wurde denn endlich beschlossen, daß Erzberger vorläufig Abgeordneter der Zentrumspartei bleibt.

Im pommerschen Landarbeiterstreik hat der Landrat des Kreises Köslin nach langwierigen Verhandlungen mit den Streikenden jetzt die Technische Nothilfe zum Eingreifen aufgerufen. Es ist darauf die Nothilfe auf 5 Gütern des Kreises zur Verrichtung der Notstandsarbeiten eingesetzt worden. Da auch im Kreise Flatow ein neuer Landarbeiterstreik ausgebrochen ist, steht auch hier Nothilfe bereit.

Die Entente-Botschafter für Berlin. Nach dem „Petit Journal" wird England den Lord Abernon zum Botschafter in Berlin ernennen, der der Vertreter Englands bei der Bank Ottoman war. Zum italienischen Botschafter sei der jetzige Geschäftsträger di Manino bestimmt.

Schulstreik in Berlin. In vier Gemeindeschulen ist ein Schulstreik ausgebrochen, da von der Schulbehörde dem Einspruche der Elternbeiräte gegen den Nachmittagsunterricht nicht entsprochen wurde.

Vom Pfälzer Kreistag ist beschlossen worden, den Pfalzwerken, A.-G., einen Zuschuß von 30 Millionen Mk. zu gewähren. Die ersten 15 Millionen sollen von einem Konsortium unter Führung der Pfälzischen Bank, die zweiten von der Girozentrale München übernommen werden.

Die streikenden städtischen Arbeiter in Essen haben das Wasserwerk stillgelegt. Die ganze Stadt, auch die Krankenhäuser, sind ohne Wasser. Mehrere industrielle Werke mußten bereits den Betrieb einstellen.

Ausland.

Die Lösung der österreichischen Krise.

Wien, 24. Juni. (Eigene Meldung.) Die Verhandlungen zur Lösung der Regierungskrise, die gestern beim Präsidenten Seitz stattfanden, haben bereits zu einer leichten Entspannung der Lage geführt. Die größte Schwierigkeit, über die man noch nicht hinweggekommen ist, liegt in der Frage des Verbleibens des Staatssekretärs für Heerwesen Dr. Deutsch. Die Sozialdemokraten erklärten hier, auf ihrem Standpunkt verharren zu müssen. Es handelt sich dabei um den bekannten Soldatenrat-Erlaß, durch den die Koalition gesprengt wurde. Die Lösung der Krise dürfte vielleicht voraussichtlich heute abend endgültig erfolgen. Man sagt, daß die Nationalversammlung bereits am Sonnabend das Uebergangskabinett wählen wird, daß bis zu den Neuwahlen die Regierungsgeschäfte führen dürfte. Ueberraschend wirkte gestern abend im Parlament die Nachricht, daß Staatskanzler Dr. Renner in dem neuen Kabinett kein Portefeuille übernehmen wird. Als Leiter der Staatskanzlei wurde der gewesene Staatssekretär für soziale Fürsorge, Hanusch, genannt.

Zum Boykott gegen Ungarn.

Wien, 24. Juni. Den Blättern zufolge haben die Beamten des Ostbahnhofes gestern abend nach längeren Verhandlungen mit den Arbeitern über die Stellungnahme zum Boykott gegen Ungarn ihre Posten verlassen. Diese wurden von Arbeitern übernommen, die hierauf selbständig die Personenzüge auf der Ostbahnstrecke innerhalb Oesterreichs abfertigten, aber nicht nach Ungarn leiteten.

Aus Litauen.

Berlin, 24. Juni. Der bisherige Vertreter der litauischen Republik in Berlin Dr. Purynckis ist in das neue litauische Kabinett als Minister des Aeußern eingetreten. Purynckis hat sich während seiner Berliner Amtszeit in anerkennenswerter Weise besonders in der Frage der aus Litauen ausgewiesenen Reichsdeutschen und des Holzexports bemüht. Die Uebernahme des litauischen Ministeriums des Aeußern durch Dr. Purynckis läßt erhoffen, daß die deutsch-litauischen Beziehungen sich nunmehr auf dem Boden gutnachbarlichen Zusammenlebens zum Besten der beiden Völker normal entwickeln werden.

Rußland und England.

Amsterdam, 24. Juni. Nach einer New Yorker Meldung sagte der russische Volkskommissar des Aeußern Tschitscherin in einer Rede: England suche in der Angelegenheit der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit der Sowjetregierung Bedingungen durchzusetzen, die darauf hinauskämen, daß Rußland alles zu geben habe, während England nichts dafür biete. Die englische Regierung habe tatsächlich keine Zusicherung gegeben, daß der Handelsverkehr endgültig wieder aufgenommen werden soll und habe inzwischen die im Kriege mit Rußland stehenden Streitkräfte unterstützt. Ein Abkommen mit England sei nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit möglich.

Die Regierungskrise in Polen.

Bisher sind alle Versuche, in Warschau ein Kabinett zu bilden, gescheitert. Neuerdings sollten das Zentrum und die Linksparteien hierfür berufen sein, und der Abg. Witos plagte sich weidlich ab, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Am 22. Juni abends sah aber auch er die Unmöglichkeit des Gelingens ein und legte seinen Auftrag in die Hände des Staatschefs zurück. Um die neue Polenherrlichkeit, die Radaupolitiker vom Schlage eines Korfantyn in tönenden Worten ausposaunten, ist es als verteufelt brüchig bestellt. Lügen die Verhältnisse auch nur entfernt so, wie jene Schreihälse glauben machen wollen, dann würde die Kabinettsbildung nicht die geringsten Schwierigkeiten verursachen können. Aber der russische Frontbericht wird schon zutreffender melden, wenn er von weiteren Erfolgen gegenüber den Polen Kunde gibt. Und was die fortgesetzten Rechtsverletzungen an deutschen Reichsangehörigen anbelangt, so scheinen die polnischen Parteipolitiker doch allmählich inne geworden zu sein, daß die Lage des polnischen Staates dadurch nichts weniger als erleichtert wird. Vollends die wüste Propaganda in den Abstimmungsgebieten, besonders in Oberschlesien! Wird sie nicht handgreiflich widerlegt durch die Unfähigkeit der Polen, schon im ersten Stadium staatlichen Werdens eine dauerhafte Regierung zustande zu bringen? Die althergebrachte liederliche Wirtschaft läßt, trotz reichlich vorhandener Nahrungsmittel, einfach kein Gedeihen im Lande aufkommen. Es fehlt an jeder organisatorischen Befähigung, und der innere Wirrwarr ist schon so groß, daß keine Partei Neigung hat, die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen. Die Misere durch äußere militärische Erfolge zu übertünchen, hatte Frankreich ausgewählte Offiziere zur Führung der polnischen Truppen gegenüber Rußland entsandt. Der Erfolg blieb uns, die schwere Niederlage der Polen kann nicht mehr verschleiert werden. Nun befinden sich seit acht Tagen farbige französische Truppen von der berüchtigten Senegalbrigade auf dem Wasserwege zur polnischen Front. Wer kann im Ernst glauben, daß sie das Kriegsglück wenden werden? So deuten alle Anzeichen auf eine schwere, vielleicht verhängnisvolle Krisis des jungen Polenstaates, auf einen sich herausbildenden Nährboden für den Bolschewismus, der unter Umständen dort wogende Halme treibt, wenn seine Wurzeln in Rußland verkümmern.

Die Teschener Frage.

Warschau, 24. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Aus zuverlässiger Quelle verlautet, die polnische Regierung habe den Schiedsspruch der Entente in der Teschener Frage angenommen, nur dadurch sei eine baldige Lösung zu erreichen. Der polnische Außenminister Patek hat sich durch die Pariser Delegation an die Botschafterkonferenz gewendet, und hier die Schwierigkeiten der Lage dargestellt.

Sozialisierung in Schweden.

Stockholm, 24. Juni. Die sozialdemokratische schwedische Regierung hat jetzt die schon früher angekündigte Sozialisierungskommission berufen. Die Kommission ist mit besonderen amtlichen Befugnissen ausgerüstet. Der Vorsitzende ist der etwas radikalgefärbte sozialistische Minister Sandler. Es wurden ferner zwei Kommissionen für die Prüfung der Frage der Wirtschaft, Demokratie und der vorläufigen Gesetzgebung für die Gründung von Syndikaten und anderen monopolartigen Zusammenschlüssen berufen. Die Regierung Branting denkt bei der Einsetzung dieser Kommissionen zweifellos mehr an die Stärkung der wahltaktischen Stellung der sozialistischen Partei als an baldige gesetzliche Maßnahmen tiefgreifender Art.

Rumäniens Vertretung bei den Mittelmächten.

Bukarest, 24. Juni. (Eigene Meldung.) Der rumänische Ministerrat beschloß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den bisher feindlichen Staaten. Die Ernennung der auswärtigen Vertreter wird demnächst erfolgen. Einer Blättermeldung zufolge wird am 24.—26. Juni in Prag eine Konferenz stattfinden, an der deutsche, rumänische, österreichische, tschecho-slowakische und wahrscheinlich auch ungarische Delegierte teilnehmen werden, um über die Wiederaufnahme direkter Eisenbahnverbindungen für Handel und Reiseverkehr zu verhandeln. Es wird auch die Wiedereinführung der internationalen Frachtbriefe und direkter Fahrkarten besprochen werden.

Die letzte Frist für die türkische Unterschrift.

Paris, 24. Juni. Nach einer Havasmeldung ist dem Großwesir eine Note der Friedenskonferenz zugestellt worden, in der ihm eröffnet wird, daß die der Türkei zugestandene Frist zur Einreichung ihrer Bemerkungen zu dem Friedensvertrag am 26. Juli ablaufe und daß keine Fristverlängerung zugestanden werde.

England und Mesopotamien.

London, 24. Juni. Im Unterhause gab Asquith der Meinung Ausdruck, daß es sich für Großbritannien empfehlen würde, Mesopotamien zu räumen, denn es habe rechtlich keinen Anspruch auf dieses Land. Der Völkerbund allein könne ein Recht darauf verlangen. Asquith schlug vor, die beantragten Kredite um eine Million Pfund zu kürzen. Lloyd George erklärte, daß die britische Regierung in Mesopotamien den im November 1918 gemachten Vorschlägen entspreche. Heute bestehe die Ansicht, daß das Vilajet Mossul eingezogen werden müsse, um Mesopotamien zweckmäßig zu vergrößern. England habe ein unmittelbar moralisches Recht auf Mesopotamien. Lloyd George sagte weiter: Wir haben Sir Peacock-Coox Weisung gegeben, die Ansichten der arabischen Volksführer über die vorgesehene

Der Isenheimer Altar.

Von

C. H. Barnick.

Im Jahre 1895 schrieb der Kasseler Galeriedirektor Eisenmann einen Aufsatz, in dem er kurz auf die Bedeutung Grünewalds und seiner Arbeiten einging; das war seit 400 Jahren das erste Mal, daß man den Namen des deutschesten aller Maler erwähnte. Aber noch sollte er in Deutschland keine sonderlich große Beachtung finden, während in Frankreich Huysmans, mehr Germane als Romane und deshalb auch nur sachverständiger Beurteiler des altdeutschen Meisters, begeistert die volle Bedeutung Grünewalds erkannte. Der Weltkrieg kam — der Isenheimer Altar mußte aus dem von der Kriegsfurie bedrohten Colmar entfernt werden und siedelte in die alte Münchener Pinakothek über. Da endlich kam die Erkenntnis über die deutsche Künstlerschaft, die, aufgepeitscht durch 4 Jahre grauenvollsten, nervenzerpeitschenden Lebens, zum Teil den Weg zum tiefsten, innersten, religiösen Erlebnis des Menschseins wiedergefunden hatte. Die Erkenntnis, daß dieser Grünewald, der eine Mischung von Naturkraft, Zähigkeit, Momentaneität, Hypochondrie, Radikalismus und nervöser Komplikation darstellt, der Mann war, den sie als Vorbild gebrauchen konnten, daß der Isenheimer Altar, sein größtes Werk, für sie eine Quelle neuen Schaffens sein konnte.

Der Isenheimer Altar ist wieder nach Colmar zurückgewandert, zurück ins französische Elsaß — leider. Eine zahlreiche Grünewaldliteratur ist uns als Erinnerung geblieben — dank deutscher Gründlichkeit. Unter dieser Literatur möchte ich auf ein Werk näher eingehen, das im Verlag C. F. Hirth, München, erschienen ist: „Der Isenheimer Altar des Matthias Grünewald" von Wilhelm Hausenstein. Es will keine kunsthistorische Arbeit sein, sondern eine Würdigung und Erfassung des Künstlers und Menschen Grünewald vom künstlerischen und menschlichen Standpunkte aus. Man muß deshalb mindestens schon eine gute kunsthistorische Arbeit über Grünewald kennen, um das Buch in seiner ganzen Tiefe erfassen zu können. Besitzt man die Vorkenntnisse, dann eröffnet Hausensteins Werk unermeßliche Perspektiven und Horizonte, dann rückt für uns Grünewald in greifbare, plastische Nähe.

Schon die ersten Worte des Werkes zeigen, daß Hausenstein keine überlegenen und wohlüberlegten Beobachtungen bietet, sondern tiefstes, sich selbst abgerungenes Erlebnis. Seine Sprache rauscht in einem hohen, vielleicht allzuhohen, und deshalb auf die Dauer bedrückenden Pathos dahin. Ein wunderbarer, buntschillernder Reiz liegt in dieser an Metaphern so reichen Sprache, die wie eine Symphonie von Worten wirkt. Was er uns sagt, ist ihm von seiner ehrlichen Begeisterung für den altdeutschen Meister diktiert. Hausenstein behandelt den Isenheimer Altar Grünewalds in drei Abschnitten: Die Bilder; Zeit, Welt, Mensch; Nachwelt und Ewigkeit. Im ersten Abschnitt bietet er eine feine farbenreiche Würdigung der verschiedenen Gemälde des Isenheimer Altars, zeigt, wie naturnotwendig der Meister seinem ganzen Denken nach die Figuren in scheinbar disharmonischen und doch die größte Harmonie schaffender Größe bilden mußte. Die ganze Proportionierung der Gemälde ist ohne die tiefe, schöpferische Irrationalität dieses Malers kompliziertester seelischer Zwischenstufen nicht denkbar.

Der zweite Abschnitt: „Zeit, Welt, Mensch" ist der Höhepunkt des ganzen Werkes. Zunächst setzt Hausenstein Grünewald in Vergleich mit anderen Malern des Mittelalters, mit anderen Malern seiner Zeit, von denen er sich durch die Kühnheit in der Auffassung, durch die Neigung zur Diagonalität der Gesichtslinie, durch den Affekt für das Malerische mit dem Einschlag ins Exotische und Schmerzliche unterscheidet. Sehr fein ist der Vergleich zwischen dem Genter Altar der Brüder van Eyck und dem Isenheimer Altar durchgeführt. Während ersterer in seiner ruhig umschriebenen Schönheit der Not des Glaubens unendlich fern zu stehen scheint, ist die Religiosität beim Isenheimer Altar bedroht, wird aber durch die übermenschliche Energie eines Einzelnen noch einmal gerettet; deshalb erscheint und ist die Religiosität bei Grünewald die größere Leistung. „Das Genie erlebt die Ereignisse, bevor sie geschehen." So erlebte Grünewald die Reformation schon vor ihrer Geburt. Die Reformation gibt Problematisches, mit ihr rückt das Schwergewicht aus dem Objektiven ins Subjektive; die unanzweifelbare Ruhe des altkatholischen Dogmas kennt Grünewald nicht. Er ist eine Mischung der verschiedensten Elemente: deutsche und italienische Renaissance, Gothik, Humanismus, wissenschaftlicher Radikalismus (Kopernikus), sozialer Radikalismus (Bauernkriege), Barock. Anschließend an diese universalen Betrachtungen folgt eine kurze Betrachtung des Isenheimer Altars in Zusammenhang mit den Werken Grünewalds

Altars in Zusammenhang mit den übrigen Werken Grünewalds.

Der dritte und letzte Abschnitt: „Nachwelt und Ewigkeit" ist unvergleichlich fein in der Art, wie Hausenstein die Fäden aufdeckt, die hinüberführen von Grünewald zu dem unserer Zeit so verwandten Barock, zum Impressionismus und den Vorläufern des Expressionismus. Grünwald besaß die Kraft, das problematisch gewordene Dogma aus persönlichem Antrieb zum neuen, radikal gegenständlichen Erlebnis zu machen; das ist sein barockes Element, das ihn mit Rembrandt und Delacroix verbindet. Aehnliche Fäden führen zum Impressionismus, und damit wieder zu Rembrandt und auch zu van Gogh, der zum Teil noch Impressionist war. Grünewalds und van Goghs Werk birgt noch eine andere Beziehung in sich: die sittliche Anstrengung, die Extase, die sich in die Dinge hineinschwingt. Grünewald besaß die Kraft, Expression in die Schranken organischer Erscheinung zurückzudrängen, eine Kraft, die die Expressionisten unserer Tage nur in den seltensten Fällen besitzen. Er ist wie Rembrandt und van Gogh ein Phänomen germanischer Kunst, im Gegensatz zu der Latinität eines Poussiers und Cézannes.

Die heute herrschende expressionistische Kunstrichtung durchstöbert mit regstem Eifer die Kunst früherer Zeiten nach expressionistischen Regungen. Dabei stieß man natürlich auch auf Grünewald, der sofort mit dem Ehrentitel eines Expressionisten bedacht wurde. Nun, wenn man so will, dann sind auch Michelangelo und mit noch mehr Recht Aeschylos mit seiner Prometheus-Trilogie als Expressionisten zu bezeichnen. Nein, die Methode ist falsch. Jede Kunstrichtung kann in irgend einer Hinsicht die größten bildenden wie dichterischen Genies für sich in Anspruch nehmen. Was sie — und zu ihnen gehört auch Grünewald, gehören auch ganz wenige unserer Modernen — geschaffen haben, ist universell, zeitlos, göttlich. Wer Hausensteins Buch gelesen hat, der wird das erkennen. Er stempelt Grünewald weder zum Im- noch zum Expressionisten, er zeigt an ihm nur das Große, das Dauernde, das Schöne. Er bringt ihn uns nahe, diesen deutschesten aller deutschen Maler. In Abzug zu bringen wäre vielleicht noch die allzu scharfe Betonung der Nernen Grünewalds, in denen Hausenstein das wichtigste Problem für Grünewald sieht. Sonst aber ist das Werk jedem, der hineinblicken möchte in die Seele eines großen Deutschen, der eines der bedeutendsten, wenn nicht das bedeutenste Altarbild kennen lernen möchte, nur zu empfehlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200625016/fragment/page=0002

Regierung in Mesopotamien einzuholen. Wenn die Regierung gebildet ist, werden die Kosten für die militärischen Streitkräfte geregelt werden können. Der Antrag Asquith wurde mit 285 gegen 50 Stimmen abgelehnt.

Friedensschluß zwischen Georgien und Aserbeidschan.

Konstantinopel, 24. Juni. Havas. Der Friedensvertrag zwischen Georgien und Aserbeidschan ist unterzeichnet worden. Georgien erhält die Provinz Tiflis.

Halle und Umgegend.

Halle, den 25. Juni 1920.

Mangel an Ueberfluß.

Bei einem Altändler lauschte ich einst der Unterhaltung zwischen einer Frau, die einen zerbeulten gußeisernen Lampenuntersatz zu Geld machen wollte, und dem Händler selbst. Die geschäftlichen Erörterungen zogen sich derart in die Länge, daß ich es vorzog, um so mehr als schließlich Handgreiflichkeiten zwischen den beiden Parteien in Aussicht standen, das Ende des Geschäftes nicht abzuwarten. Soviel mir erinnerlich ist, wollte die Frau 50 Pfennige für ihre Kostbarkeit haben, während der Händler partout nur 45 geben wollte.

England hat den Schlachtkreuzer Rheinland, ein Schiff von 18 000 Tonnen, an eine holländische Firma verkauft, die das Schiff abwracken läßt. Aus dem stolzen Schiff ist altes Eisen geworden. Es wird in seine Bestandteile zerlegt, diese werden geschmolzen oder sonstwas mit ihnen gemacht werden. Viele Leute werden mit dem Stahl, dem Eisen, dem Holz usw. die das Schiff birgt, noch gute Geschäfte machen.

Unweit Colon, der Stadt des Panamakanals, lag vor einigen Jahren und liegt vielleicht heute noch altes Eisen im Werte von Millionen von Friedensmark. Die ungeheuren Baggermaschinen, Laufkrane, große und kleine Loren, Eisenbahnwagen, Lokomotiven große und kleine, Kesselschmiedehäuser, ein gigantisches Gewirr von Eisenstangen und Eisenträgern von reizvollster Länge, Schienen, Traversen liegen da, und keiner will sie geschenkt haben. Vielleicht hat all dies Material die tropische Flora schon überwuchert. Das Material stammt vom Bau des Panamakanals. Es lagert nicht nur in der Nähe von Colon. Wer mit dem, was dort liegt, noch nicht genug hat, der braucht nur längs des Kanals sich das andere zu holen. Die Preise für altes Eisen sind sehr niedrig am Panamakanal. Und nicht nur Eisen liegt dort, auch Kupfer, Zinn und Zink, Nickel, Blei und Messing ist dort zu holen. Wer also rasch reich werden will, der möge nach Colon fahren und sich die Taschen tüchtig vollstecken. Der Ort, wo die Reichtümer zu holen sind, liegt ungefähr drei Stunden von Colon entfernt und ich will ihm die Stelle gern recht genau beschreiben. Eine Silbermark ist heute eine Rarität, eine Kostbarkeit, die man nur guten Freunden zeigt. Geschweige ein Goldstück. Unweit Aguaskalientes in Mexiko — aber ich will hier lieber nicht von Silberadern erzählen, von Stellen, an denen das reine Silber hellseuchtend zutage liegt, nicht von modernen Goldgräbern in Alaska, die um Goldklumpen Karte spielen, für deren Wert man hier bei uns einen Monat gut leben könnte.

Ein Hering kostet drei Mark, und das Meer wimmelt von Fischen aller Art. Ungeheure Schwärme nicht nur von Heringen, auch von anderen wohlschmeckenden Fischen beleben die grünen Fluten, und sie sammeln sich sozusagen an gewissen Stellen und wechseln ihn in einem bestimmten Umkreis mit ihrem Aufenthaltsort. Die Fischer nennen das die Bänke. Von der Battery in Newyork aus fahren täglich einige Vergnügungsdampfer nach den Bänken. Das Angeln ist frei. Köder, Muschelteilerlei, wird auf den Dampfern verkauft und als Angel dient eine Schnur mit irgend einem Haken daran. An den Bänken angekommen, geht die Fischerei los. Kaum ist die Schnur im Wasser, zappelt auch schon ein Seeaal oder ein Blaufisch oder irgend ein anderer Meeresbewohner, auch manchmal ein Seestern daran. So geht's weiter. Bald hat jeder der 200 bis 300 Fischer, es waren auch reizende Fischerinnen dabei, soviel Fische gefangen, daß die Leute wirklich nicht wissen, wohin damit, und sie wieder ins Meer werfen. Einige wohlschmeckende Blaufische werden wohl mit nach Hause genommen. Der Deutsche, bepackt mit 10 bis 12 Seeaalen von anderthalb Metern Länge wird ausgeschelt.

An unserer schönen Saale mühen sich die Fischer mit einer geradezu staunenswerten Geduld ab, dem nassen Element ein paar fingerlange Fischchen abzuquälen.

So sind die Reichtümer auf Erden eben sehr ungleich verteilt. Dort Ueberfluß, hier Mangel. Während aber in anderen Ländern nur in gewissen Gegenständen Mangel herrscht, herrscht bei uns in allem Mangel, und das nicht zu knapp. Wer die ungeheuren Viehherden der Firmen Liebig und Armour, wer die gewaltigen Weizenfelder Kaliforniens und Marylands gesehen hat, wer in Süditalien den reichen Segen an Apfelsinen beobachten, in Alicante einer Weinernte beiwohnen konnte, der bekommt so mancherlei Gedanken. Aber ein Gedanke schießt sich heraus: Was uns fehlt, kann uns nur die Arbeit bringen. Der Cowboy in Texas, der so viel Fleisch essen und auch Whisky trinken kann, wie er will, sehnt sich nach einem schönen Revolver, am liebsten einen 24schüssigen, mit dem er tüchtig knallen kann. Diesen Revolver kann er in — Suhl bekommen, sonst nirgends auf der Welt! Das Kind des medikanischen Minenarbeiters spielt mit einem Püppchen. Der Vater gibt gerne ein Stück Silber, so groß wie zehn übereinandergelegte altpreußische Taler für ein solches Püppchen beim Kaufmann. Der Kaufmann bekommt die Puppe aber auf Umwegen aus — Sonneberg. Der Fellache am Nil zermürbt seine Knochen mit der Bewässerung seiner Felder. Kairo braucht viel Kohn und es ist ein gutes Stück Geld damit zu verdienen. Aber er kann's nicht schaffen. Sein Nachbar hat einen Motor! Und der Motor, er kommt aus Deutschland.

Aber Motor, Püppchen und Revolver wachsen nicht auf den Bäumen, sie müssen hergestellt werden. Der Hammer muß geschwungen werden, die Drehbank muß sausen, die fleißige Hand muß dem Püppchen einen Mund und Augen malen. Wenn die Räder zu oft stillstehen und sich nur das große Mühlrad unter der Nase unnütz bewegt, können keine Werte geschaffen werden. Uns kann nur Arbeit retten. Alles andere kommt von selbst.

A. Ky.

Anrechnung der Naturalbezüge beim Steuerabzug vom 1. August 1919 ab.

Amtlich wird berichtet: Nach § 45 des Einkommensteuergesetzes hat der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. des Arbeitslohns zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten. Als Arbeitslohn gelten nach § 9 des Gesetzes außer dem baren Lohn auch Natural- und sonstige Sachbezüge. Der Wert dieser Bezüge ist gemäß § 37 des Gesetzes nach den ortsüblichen Mittelpreisen anzusetzen. Um diesen Vorschriften gerecht zu werden, schreiben die Ausführungsbestimmungen vor, daß, soweit nicht in Lohntarifen Vereinbarungen getroffen sind, die von den jeweils zuständigen Versicherungsämtern auf Grund der Reichsversicherungsordnung festgesetzten Ortspreise maßgebend sein sollen. Nun hat sich aber herausgestellt, daß die Versicherungsämter den außerordentlich schwankenden Preisen der Lebenshaltung nicht überall und nicht gleichmäßig gefolgt sind, so daß die augenblicklichen Festsetzungen dieser Aemter große, sachlich nicht gerechtfertigte Unterschiede aufweisen. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung erfordert es, daß zunächst noch für die Bewertung der Natural- und sonstigen Sachbezüge einheitliche Grundsätze aufgestellt werden. Der Reichsfinanzminister hat sich daher zu der Anordnung entschlossen, daß bei dem Steuerabzug vom Arbeitslohn, der bekanntlich am 25. Juni in Kraft tritt, die Natural- und sonstigen Sachbezüge nicht mit in Anrechnung kommen sollen. Die Anrechnung dieser Bezüge soll vielmehr erst am 1. August, und zwar mit Wirkung von diesem Tage ab, in Kraft treten. Wo also der Gesamtlohn eines Arbeiters gleichzeitig aus Barlohn und Naturalbezügen besteht, wird der Abzug bis zum 1. August lediglich vom Barlohn und erst von diesem Tage ab vom Naturallohn vorgenommen.

Der Haus- und Grundbesitzerverein

behandelte in seiner Sitzung im „Mars la Tour", die, gut besucht, von Herrn Stadtrat Baumeister Gygas geleitet wurde, das Thema: Mietseinigungsamt. Die Herren Mauermeister Friedrich und Rechtsanwalt Jordan waren Referenten. Herr Friedrich, der selbst Besitzer im Mietseinigungsamt ist, schilderte auf Grund seiner praktischen Erfahrungen die Tätigkeit des hallischen Mietseinigungsamtes. Das Mietseinigungsamt sei immer mehr eine Behörde geworden, mit deren Wirken auch die Hausbesitzer, die anfangs mit Recht allerlei Ausstellungen zu machen hatten, sich befreunden könnten. Das Mietseinigungsamt sei neuorganisiert durch Vermehrung der Beisitzerstellvertreterstellen, so daß das überhäufte Arbeiten, das früher beklagt wurde, nicht mehr stattfinde. Es haben sich auch Richtlinien herausgebildet, die es dem Amt gestatten, die Interessen der Mieter und Vermieter in gerechter Weise abzuwägen. Als einen erheblichen Fortschritt begrüßt es der Redner, daß das Mietseinigungsamt angesagen habe, die Höchstgrenze für Mietssteigerungen von 20 Prozent aufzugeben und bis zu 25 Prozent, je nach Lage der Sache, zuzulassen. Auch hinsichtlich der Treppenbeleuchtung und des Wassergeldes seien die berechtigten Interessen des Hausbesitzers neuerdings besser gewahrt worden, aber immer noch nicht genug, um den Hausbesitzer, der ja in einer ganz besonders drückenden Lage sei, zufriedenstellen zu können. Das Mietseinigungsamt sei zum Schutz der Kleinlande und Schrebergartenpächter gegen wucherische Pachtverträge und gegen ungehörige Kündigungen geschaffen.

Herr Rechtsanwalt Jordan belenchtete die Aufgaben des Mietseinigungsamtes und seine Tätigkeit nach vom juristischen Standpunkt. Er beklagte dabei, daß auch die gesetzliche Regelung der Wohnungsfragen an Stelle der früheren recht angreifbaren Verordnungen keineswegs die wünschenswerte Klarheit geschaffen habe. Langfristige Mietverträge auszulösen, betrachte das Mietseinigungsamt nicht als zu seiner Zuständigkeit gehörig, sondern stehe auf dem Standpunkt, daß diese Sache in die Kompetenz der ordentlichen Gerichte falle.

Eine lebhafte Aussprache schloß sich an die dankenswerten Ausführungen.

Städtischer Verkauf von Kerzen in der Talamtschule am Freitag, den 25. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 68 501 bis 73 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 73 501 bis 78 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jeden Haushalt können drei Kerzen zum Preise von 4 Mk. für drei Kerzen abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Trockenei (4. Sonderverteilung) in der Talamtschule am Freitag, den 25. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 46 001 bis 46 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 46 001 bis 53 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es können für jede Person einen Haushaltes 50 Gramm zum Preise von 4 Mk. abgegeben werden. 50 Gramm Trockenei entsprechen der Güte von 5 Eiern. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Provinzial-Nachrichten.

64 Straßenbahnwagen verbrannt.

w. **Leipzig**, 24. Juni. In der vergangenen Nacht gegen 11½ Uhr brach in der Wagenhalle des Straßenbahndepots Paunsdorf Großfeuer aus, das die Halle vollständig einäscherte. 64 darin untergebrachte Wagen sind mit verbrannt. Die Entstehungsursache ist noch nicht aufgeklärt.

✧ **Raßnitz**, 25. Juni. (Neuer Braunkohlenschacht.) Das Projekt der Verwaltung der A. Riebedschen Montanwerke A.-G., in hiesiger Feldmark einen Braunkohlenschacht zu bauen, hat jetzt eine greifbarere Gestalt angenommen. Durch Beamte der Aktiengesellschaft sind schon länger mit hiesigen Grundstücksbesitzern sowie mit denen in den angrenzenden Feldmarken wegen Ankaufs von Feldgrundstücken zu bergmännischen Nutzungen Verträge abgeschlossen und ist Fühlung genommen worden zur Anlage eines Braunkohlenschachtes. Beamte nahmen kürzlich Vermessungen zur Schachtanlage vor und die ersten Spatenstiche zum Abteufen des Schachtes sind bereits geschehen. Die Ableitung der Grundwässer soll nach der Elster durch einen unterirdischen Stollen erfolgen.

† **Ilmenau**, 23. Juni. (Eine Vergiftung mit tödlichem Ausgange) hat sich hier ein dreijähriger Knabe dadurch zugezogen, daß er auf einer Wiese von Fruchtteilen der Herbstzeitlose gegessen hatte. Der Junge erkrankte nach einigen Stunden schwer. Als ein Arzt gerufen wurde, waren die Vergiftungserscheinungen schon derartig schwer geworden, daß das Kind nicht mehr zu retten war. Die Herbstzeitlose, die im Herbst durch ihre schöne bläulich-rote Blüte auf den abgeernteten Wiesen das Auge entzückt, enthält ein sehr heftiges Gift, von dem schon 0,02 Gramm beim Menschen tödliche Vergiftung hervorrufen kann.

Zerbst, 25. Juni. (Große Unterschlagungen) hat der 22jährige Beamte Plat der Kreiskornstelle begangen, indem er durch Fälschung von Unterschriften erhebliche Summen bei der Zerbster Filiale der Anhalt-Dessauischen Landesbank abhob.

□ **Zerbst**, 25. Juni. (Von der Bauschule.) Wie verlautet, besteht jetzt die Möglichkeit, daß die anhaltische Bauschule, mit deren Weggang zum 1. April 1921 man sich hier schon vertraut machte, durch Verstaatlichung unserer Stadt erhalten bleibt.

Pöthneck, 23. Juni. (Die Möbelindustrien) von Pöhneck und Neustadt (Orla) haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen zum Zwecke der Erlangung von Auslandsaufträgen bezw. Uebernahme von Arbeiten für das Wiederaufbaugebiet. Die gesamte Möbelindustrie befindet sich gegenwärtig in einer Krisis, die binnen kurzer Zeit dazu führen muß, beinahe alle Betriebe zu schließen, falls nicht von Seiten der Regierung Mittel und Wege gefunden werden, daß dem freien Handel freiere Bahn gelassen wird, und daß man die Außenhandelsstelle als handelserschwerendes Instrument fallen läßt.

÷ **Weimar**, 25. Juni. (Der Einbruch in die Fürstengruft zu Weimar) geht voraussichtlich seiner Aufklärung entgegen. Die Staatsanwaltschaft hat nach sorgfältigen Recherchen der weimarischen Kriminalpolizei drei Personen in Haft genommen, die der Tat dringend verdächtig sind. Die durch den Untersuchungsrichter angestellten eingehenden Vernehmungen der in Weimar und Oberweimar ansässigen Verhafteten haben den Verdacht noch bestärkt, jedoch war ein Geständnis noch nicht zu erzielen. Man nimmt an, daß die Gold- und Silberkränze vergraben worden sind, da die Täter kaum Gelegenheit zum Einschmelzen oder zu anderweitiger Verwertung gehabt haben dürften.

Vermischtes.

Eine überraschende Aufklärung hat der angebliche große Postdiebstahl gefunden, über den wir kürzlich berichteten. Am 2. Juni gab eine Frau Dr. St. auf dem Postamt in Halensee einen Wertbrief an einen Dresdener Juwelier auf. Nach der Aufschrift sollte er für 200 000 Mark Schmuksachen enthalten. Bei der Ankunft in Dresden sahen die Postbeamten, daß von den acht Siegeln fünf beschädigt waren. Das wurde dem Juwelier mitgeteilt und dann der Brief in seiner und mehrerer Beamten Gegenwart geöffnet. Es ergab sich, daß er statt der Juwelen drei kleine Schottersteine enthielt, wie man sie an Bahndämmen findet. Die Oberpostdirektion wandte sich an die Berliner Kriminalpolizei und diese nahm sofort die Ermittelungen auf. Bei ihrer Vernehmung verwickelte sich die Frau in so erhebliche Widersprüche, daß sich der Verdacht schließlich auf sie selbst lenkte. Das gab nun Veranlassung zu eingehenden Nachforschungen in dieser Richtung. Als man der Absenderin endlich ihre Widersprüche und alles in Berlin, Leipzig und Dresden gesammelte Beweismaterial vorhielt, gab sie zu, den Diebstahl vorgetäuscht zu haben, um sich in den Besitz von 200 000 Mark zu setzen. Wie sie auf den Betrug gekommen ist, will sie jetzt selbst nicht mehr wissen. Sie ist sehr wohlhabend, hat aber wahrscheinlich für Kleidung und Schmuck mehr ausgegeben als ihr zukam und ist dann auf den Gedanken gekommen, ihr Defizit durch einen Schwindel zu decken. Sie befindet sich jetzt in einem geschlossenen Sanatorium.

Fleischbeschlagnahmestreik in Bayern. Die Städte München und Nürnberg haben es abgelehnt, zu den erhöhten Fleischpreisen noch weiterhin Vieh abzunehmen und haben die Stadt Augsburg ersucht, sich ihrem Vorgehen anzuschließen. Im Augsburger Stadtrat wurde beantragt, überhaupt auf die völlige Beseitigung der Zwangswirtschaft für Fleisch hinzuwirken, da sie in Wirklichkeit doch nicht mehr bestehe. Sowohl dem Antrage, sich dem Vorgehen von München und Nürnberg anzuschließen, wie dem Antrage, auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch hinzuwirken, wurde vom Stadtrat zugestimmt.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die Kabinettbildung in Württemberg.

Stuttgart, 24. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Beratungen über die Kabinettbildung in Württemberg sind nach der Wahl des neuen Staatspräsidenten v. Hieber sofort aufgenommen worden. Wie verlautet, wird Abg. Liesching das Finanzministerium, Abg. Bolz das Ministerium des Innern, der Staatspräsident das Kultusministerium mit übernehmen. Ueber die Besetzung des Ernährungs- und des Arbeitsministeriums, die bekanntlich zu einem Wirtschaftsministerium zusammengelegt werden sollen, verlautet noch nichts Bestimmtes.

Die Lage in Württemberg.

Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Nacht zu heute und der heutige Vormittag ist in Württemberg ruhig verlaufen. Ueber Ulm und Heidenheim ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Nachricht, daß die Volksmenge in Aalen sich der Waffen der Einwohnerwehr bemächtigt hat, ist nicht zutreffend, doch gelang es der Menge, das Waffendepot der Wehr in Heidenheim zu erstürmen und sich sämtlicher Waffen zu bemächtigen. Heidenheim ist völlig in der Hand der Kommunisten. Ein Kommunistenführer ist dem Oberamtmann beigegeben worden. Die Behörden werden beaufsichtigt. In der Stadt ist alles ruhig. Es wird niemand in irgend einer Weise beunruhigt.

In den Reichswirtschaftsrat berufen.

N. Essen, 24. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der Oberbürgermeister der Stadt Essen Dr. Luther ist in den Reichswirtschaftsrat berufen worden. Er hat die Berufung angenommen.

Lebensmittelunruhen in Bremen.

N. Bremen, 24. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Das gewaltsame Eindringen in Ladengeschäfte aller Art, das in Bremen den Nachmittag hindurch angehalten hatte, ist nur dadurch erschwert worden, daß viele Geschäfte geschlossen hatten. Um ½7 Uhr wurde die Hutfilterstraße von Polizisten und Sicherheitspolizei mit aufgepflanztem Bajonett geräumt. Die Polizei machte dabei wiederholt mit flacher Klinge schlagend vom Säbel Gebrauch. Es gelang, das Volk auf die Straße zu drängen, ohne daß ernstliche Zwischenfälle vorkamen.

WTB. Bremen, 24. Juni. (Drahtnachricht.) Die Lebensmittelkrawalle verstärkten sich über Mittag, sodaß die Polizei einige besonders lebhafte Ladenstraßen für den allgemeinen Verkehr sperrte. Die Demonstranten wandten sich im Laufe des Tages auch gegen die Schuhwarengeschäfte und großen Warenhäuser, denen polizeilicher Schutz zuteil wurde. In den Schuhwarengeschäften fanden vielfach Zwangsverkäufe statt. Auch Diebstähle kamen vor. Wie verlautet, soll in einigen vorstädtischen Konfektionshäusern geplündert worden sein, doch war hierüber nichts Bestimmtes zu erfahren.

Die Lebensmittelkrawalle verliefen im allgemeinen ohne schwere Folgen für die Allgemeinheit, doch haben die beteiligten Händler und Ladengeschäfte großen Schaden erlitten. Viele große Ladengeschäfte in der inneren Stadt haben wegen der bedrohlichen Lage schließen müssen.

Pockenepidemie in Duisburg.

Duisburg, 24. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Im Binzenshospital sind 10 Personen an Pocken erkrankt, sodaß die Gesamtzahl der seit den Märzunruhen gemeldeten Personen sich in Duisburg auf 30 beläuft. Auch in Obermeiderich sind drei Pockenerkrankungen gemeldet worden. Man vermutet, daß die Seuche durch polnische und russische Mitglieder der früheren Roten Armee eingeschleppt wurde.

Der Mord an Inspektor Blau.

WTB. Berlin, 24. Juni. (Drahtnachricht.) Vor dem hiesigen Schwurgericht haben sich heute drei Kommunisten im Alter von 21 bis 23 Jahren wegen Mordes an einem angeblichen Spitzel, dem Inspektor Blau, zu verantworten, dessen Leiche am 7. August v. J. mit einer Wäscheleine gefesselt aus einem Kanal gelandet war. Der Mord soll von kommunistischer Seite geplant und ausgeführt worden sein.

Die Verteilung der Beute.

Zürich, 24. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Nach dem „Pariser Journal" hat Lloyd George erklärt, daß England seinen Anteil an der deutschen Entschädigung dringend nötig habe. Es rechne auf ihn, um Amerika die Schuld von 12 Milliarden zu zahlen, die schwer auf der Finanzlage Englands lasten. Das Verteilungsprogramm bezüglich der deutschen Entschädigung wird infofern immer heitler, als man noch nicht einmal darüber klar ist, ob die Ziffern von 55, 25 und 20 Prozent tatsächlich Prozente oder nur eine Proportion vorstellen. Der „Matin" gibt eine Erklärung von Lloyd George wieder, nach dessen Ansicht es sich um eine Proportionhandele, d. h. wenn Frankreich 11 Teile erhält, so bekomme England 5. Die italienischen Ansprüche auf das deutsche Gutthaben bezifferten sich, wie der „Korriere" meldet, auf 4 Pfund Sterling für je 10 Pfund Sterling, die England und Frankreich zusammen erhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200625016/fragment/page=0003

Sport der „Saale-Zeitung".

Rennen zu Düsseldorf.

Preis von Rheinfels (16 000 Mk., 1400 Meter): 1. Hexenmeister (Blume), 2. Mercantil (Kühl), 3. Zori (Ludwig). Tot.: Sieg 18, Platz 11, 12, 14 : 10. Ferner liefen: Sebes, Güleck, Orta, Bob, Ballade II.

Nordkirchen-Jagdrennen (17 000 Mk., 3000 Meter): 1. Metz (Stoffel), 2. Commando (Ebnert), 3. Hannoveraner (Theilemann). Tot.: Sieg 39, Platz 18, 27, 28 : 10. Ferner liefen: Grasteufel, Wendula, Ober, Matterhorn, Fema, Kobold.

Preis von Gürzenich (20 000 Mk., 1400 Meter): 1. Spartaner (Blume), 2. Daphne (Jsmeni), 3. Meilberg (Klapper). Tot.: Sieg 20, Platz 15, 47, 46 : 10. Ferner liefen: Haeckel, Eichenblatt, Lotosblume, Eilenburg, Swinemünde, Susi, Venelle, Eleonore.

Lauenburg-Jagdrennen (17 000 Mk., 3500 Meter): 1. Atlantik (Gorgas), 2. Nelson (Johnson), 3. Apollinaris (Taranctew). Tot.: Sieg 60, Platz 16, 34, 13 : 10. Ferner liefen: Courier, Artus, Savoy, Kille kille, Pläswitz.

Rheinbaben-Jagdrennen (30 000 Mk., 3500 Meter): 1. Pankgräfin (Köbnke), 2. Harpune (Ludwig), 3. Bummler (Gorgas). Tot.: Sieg 39, Platz 29, 28, 36 : 10. Ferner liefen: Szepike, Fliegender Aar, Ophelia, Einbruch, Sieg, Rottalmünster.

Stolzenfels-Hürdenrennen (17 000 Mk., 2800 Meter): 1. Eichwald (Johnson), 2. Hottenstein (Klapper), 3. Csemernye (Stoffel). Tot.: Sieg 12, Platz 11, 14 : 10. Ferner liefen: Erbfolger, Biedermann.

Schlenderhan-Ausgleich (20 000 Mk., 2000 Meter): 1. Husar (Klapper), 2. Kofel (Seibert), 3. Nicolo (Bauer). Tot.: Sieg 103, Platz 21, 15, 15 : 10. Ferner liefen: Caliari, Hasdrubal, Rächer, Politur, Eleganz, Bimban, Laß doch.

Die beiden neuen Renntage,

die noch nachträglich für Halle genehmigt wurden, sind auf den 24. September und 24. Oktober festgelegt worden.

Deutscher Reitersieg im Dänischen Derby.

Der deutsche Jockey H. Blume, der schon seit einiger Zeit in Dänemark weilt, erfocht am letzten Sonntag schöne Erfolge. Das Derby gewann er auf „Sir Tredennis" in leichtem Stile gegen Herrn Farmers „Frisco" (Allen) und Herrn Jürgensens „Golden Gate" (Dawson). Außer dem Derbysieger war Jockey H. Blume noch mit „Samson" in einem Handikap siegreich und belegte in zwei weiteren Rennen jedesmal Plätze.

Den Goldpokal von Kissingen

gewann in der Schlußrunde Kreutzer gegen Kupsch mit 6—2, 8—3, 6—3. Gleichzeitig wurde auch die Damenmeisterschaft von Kissingen zu Ende geführt. Hier schlug Frl. Bingner mit 7—5, 6—2 Frl. Apolant. Für die Herrenmeisterschaft haben sich für das Schlußspiel, wie zu erwarten war, Kreutzer und Kupsch qualifiziert.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

den 23. Juni 1920.

Bei freundlicher Grundstimmung hielt sich der Verkehr in der Berichtswoche in engen Grenzen. Es fehlte an jeder Anregung, um den Markt aus seiner Ruhe aufzurütteln. Die Bildung des neuen bürgerlichen Kabinetts wurde günstig aufgenommen, aber zu einer optimistischen Auffassung vermochte sich der Markt bei der Abneigung, die die Sozialdemokratie einem bürgerlichen Kabinett entgegenbringt, nicht aufzuschwingen.

Am Kohlenkuxenmarkte wurden schwere Kuxe zwar lebhafter gefragt, obwohl die Gerüchte über einen Ankauf der Gewerkschaften Constantin der Große und Ewald sich vorläufig nicht bewahrheitet haben. Die Kurse dieser Werte mußten dann auch im Verlaufe der Woche um etwa 1000 Mark nachgeben. Dagegen konnten König-Ludwig und Lothringen ihren Preisstand verbessern. In großen Mengen wurden Trier-Kuxe gekauft; sie erreichten schließlich einen Stand von 27 000 Mark, was einer sehr günstigen Beurteilung der jungen Cöln-Neuessener Aktie entspricht. In den letzten Tagen entstand plötzlich wieder Interesse für Gottessegen, deren Kurs daraufhin um mehr als 2000 Mark anziehen konnte. Für Johann-Deimelsberg, Heinrich, Caroline bei Holzwickede, Diergardt, Moers und Trappe waren mehrfach Käufer am Markte. Ihre Preise unterlagen wiederholt Schwankungen.

Am Kalimarkte regten Meldungen über zahlreiche Ausbeuteverteilungen zum Vierteljahrsschluß die Kauflust an. Die Kursbildung aber blieb uneinheitlich, und nur wenige Kurse zeigen bei Berichtsschluß eine Erhöhung, dazu gehören vor allem wieder die Werte der Wilhelm-Sauer-Gruppe — Bergmannssegen, Hugo, Hohenfels und in geringerem Maße Erichssegen — in denen große Kaufaufträge am Markte lagen. Auch in den Werten der Unstrutgruppe wurden die Käufe zu steigenden Preisen fortgesetzt. Schließlich stellten sich noch Wilhelmshall-Oelsburg auf günstige Betriebsnachrichten um mehr als 1000 Mark höher. Etwas freundlichere Stimmung bestand auch für Großherzog Wilhelm-Ernst, Hera und Neurode, Immenrode, Thüringen und von schweren Werten für Alexandershall, Burbach, Glückauf-Sondershausen und Neustaßfurt.

Der Kaliaktienmarkt, an dem anfangs mehrfach Käufer auftraten, verlor allmählich seine Festigkeit, und die meisten Kurse gaben um Kleinigkeiten nach. Nur Teutonia machten mit einer etwa 10proz. Steigerung eine Ausnahme. Die übrigen Märkte lagen ruhig und boten keine bemerkenswerten Veränderungen.

Orenstein & Koppel, Akt.-Ges., in Berlin.

In der Generalversammlung kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen einer Gruppe von Aktionären, die, wie bekannt, eine Erhöhung der Dividende forderte, und der Verwaltung. Ein Aktionär bemängelte, daß die Dividende heraufgesetzt werde, ohne daß die Verwaltung ein Wertminderungskonto einrichte. Danach ergriff Kommerzienrat Manasse das Wort, und zwar als Vorsitzender der Treuhänder-Gesellschaft, eines Unternehmens, das bekanntlich in Generalversammlungen und sonstwie die Interessen der Aktionäre wahrnimmt. Er führte aus, daß sowohl die Aktionäre als auch die Tantiemeberechtigten einen Anspruch auf den Gewinn des Rechnungsjahres hätten. Es sei begründet, wenn die Verwaltung Vorsicht in der Bilanzierung walten lasse. Eine Aktiengesellschaft aber sei nicht eine Sparkasse. Er bemängelte neben verschiedenen anderen Bilanzposten die Inventur. Die Lagervorräte seien unglaublich niedrig bewertet. Dem Antrage, neben der 16proz. Dividende einen 15proz. Bonus zu verteilen, wurde nicht entsprochen. Darauf wurde die Dividende auf 16 Prozent festgesetzt. Rechtsanwalt Rosendorf gab gegen den Beschluß der Generalversammlung Protest zu Protokoll.

Auf die Ausführungen des Kommerzienrats Manasse hatte Kommerzienrat Orenstein darauf hingewiesen, daß eine vorsichtige Bilanzpolitik darum notwendig sei, weil noch Abnahmeverpflichtungen von 50 Mill. Mark vorlägen über Waren, die sehr hoch eingekauft seien, jetzt aber nicht entsprechend verwendet werden könnten. Die Ausgabe von 30 Mill. Mark Obligationen wurde genehmigt.

Börsen-Stimmungsbild.

Berlin, 24. Juni. Das Anziehen der Devisenkurse wirkte bei Beginn des Börsenverkehrs befestigend, wobei Auslandswerte und Kolonialpapiere einen größeren Vorteil hatten. Ferner trat in vermindertem Maße wieder gute Meinung der Petroleumwerte hervor. Namentlich wurden Deutsche Erdölaktien zu erhöhtem Kurse aus dem Markte genommen. Im übrigen war die Haltung unsicher wegen der fortdauernden Unklarheit der innerpolitischen Lage. Die Kursbewegung entbehrte der Einheitlichkeit, hielt sich aber im allgemeinen in engen Grenzen. Eine ansehnliche Steigerung erfuhren Felten u. Guilleaume-Aktien, nämlich um 12 Proz. Farbwerte setzten meist niedriger ein, erholten sich aber im späteren Verlaufe, wie überhaupt die Steigerung ein freundlicheres Gepräge erhielt. Schiffahrtsaktien waren von Beginn an fest und zogen im Verlaufe besser an. Argo hatte einen Gewinn von 55 Prozent zu verzeichnen. Die Veränderungen am Anlagemarkt gaben auch heute zu keinen besonderen Bemerkungen Anlaß. — Die Börse schloß abgeschwächt, insbesondere auch für die nur zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte, aber Petroleumaktien konnten sich gut behaupten.

Devisenkurse.

Berlin, 24. Juni

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam-Rotterdam	1333,70	1336,30	1278,70	1301,30
Brüssel-Antwerpen	322,15	322,75	319,70	320,30
Christiania	639,35	640,65	631,85	638,15
Kopenhagen	619,35	620,65	609,40	610,60
Stockholm	816,75	818,35	804,20	805,80
Helsingfors	177,30	177,70	172,30	172,70
Italien	227,75	228,25	229,75	230,25
London	148,60	148,90	145,60	145,90
New York	37,40	37,50	36,70	36,80
Paris	308,20	308,80	208,20	308,80
Schweiz	679,30	68[illegible],70	669,30	670,70
Spanien	619,35	620,65	609,20	610,60
Wien (altes)	—	—	—	—
(Deutsch-Oest. abgest.)	26,22	26,28	25,97	26,03
Prag	87,65	87,85	86,52½	[illegible]
Budapest	22,22	22,28	22,23	22,28
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 24. Juni. Gestern nachmittag wurde Hafer zu niedrigem Preise befragt, heute beobachteten Verkäufer mehr Zurückhaltung, aber auch Käufer zeigten weniger Unternehmungslust, so daß die Abschlüsse vereinzelt blieben. Von Hülsenfrüchten wurden feine Qualitäten, namentlich Erbsen, gekauft. Peluschken waren mehr befragt, Wicken wurden in guter Ware über Notiz bezahlt. Von Lupinen war gute Ware stark gefragt. Seradella war sehr still, Heu in guter Ware für Süddeutschland war für etwa 18 Mark begehrt, Stroh war gut behauptet.

Berlin, 24. Juni. Amtliche Notizen. Preis für 1000 Kg. in Mark: Inländ. Hafer loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestation 2240—2200. Tendenz matt.

Die Buchschulden des preußischen Staates. Nachdem infolge der Uebertragung der preußischen Staatsbahnen auf das Reich die schwebende Schuld Preußens auf dieses übergegangen ist, können künftig Buchschulden des preußischen Staates durch Einzahlung von Barbeträgen nicht mehr begründet werden.

Wechsel und Schecks auf England bis zum 10. Juli einreichen! Der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache wegen wird nochmals darauf hingewiesen, daß Wechsel und Schecks auf England bis zum 10. Juli in England zur Annahme oder Zahlung vorzulegen sind und infolgedessen sofort mit der Forderungsmeldung dem Reichsausgleichsamt bezw. der zuständigen Zweigstelle eingereicht werden müssen, damit das Reichsausgleichsamt die Vorlegungsfrist wahren kann.

Zeitzer Eisengießerei und Maschinenbau-A.-G. Zum Prospekt über die zum Handel an der Berliner Börse zugelassenen zwei Millionen Mark 4½proz. hypothekarisch eingetragene Anleihe von 1920 heißt es über die Aussichten: Die Gesellschaft ist zurzeit mit Aufträgen zu lohnenden Preisen gut versehen, so daß, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, für das laufende Jahr auch für das erhöhte Kapital ein befriedigendes Ergebnis erwartet werden kann.

( ) **Der sächsisch-anhaltische Eisenhandel G. m. b. H. in Leopoldshall** hat sein Stammkapital von 400 000 Mk. auf 600 000 Mk. erhöht.

Bevorstehende Ermäßigung der Zinkpreise. In der heute stattfindenden Mitgliederversammlung des Zinkhütten-Verbandes dürften die Zinkpreise eine wesentliche Herabsetzung erfahren, da im freien Handel Zink bereits zu 500 bis 550 Mk. angeboten wird, während der Verbandspreis 1000 Mk. beträgt.

Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt. Dividendenvorschlag 15 Prozent (8, 6, 4 Prozent in den Jahren 1918/19 bis 1915/16).

Zwickauer Maschinenfabrik A.-G. Zwickau. Der Aufsichtsrat beschloß 15 (10) Prozent Dividende und eine Kapitalserhöhung um 1½ auf 4½ Mill. Mark vorzuschlagen.

Heldburg A.-G. Wie berichtet wird, hat die Firma J. H. Gumpel in Hannover einen großen Posten Heldburg-Aktien erworben. Zurzeit ist der Mitinhaber der Firma J. H. Gumpel, Kommerzienrat Hermann Gumpel, damit beschäftigt, die Heldburgwerke zu besuchen, um sich einen allgemeinen Ueberblick zu verschaffen.

Gaskoks-Syndikat A.-G. in Köln. In der Generalversammlung, welcher zunächst 45 Gründeraktionäre beigetreten waren, sind 494 neue Aktionäre unter Uebertragung von 853 Namensaktien neu aufgenommen worden. Ihren freiwilligen Beitritt zum Gaskoks-Syndikat haben damit, nach dem Kohlenverbrauch gerechnet, rund 92 Prozent aller nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz beitrittspflichtigen Werke vollzogen. Den dann noch ausstehenden 190 Gaswerken war vom Reichswirtschaftsministerium bis zum 15. Juni d. J. Frist für die Vollziehung des freiwilligen Beitritts gelassen worden, nach welchem Zeitpunkte der Zwangsbeitritt im Verordnungswege bestimmt werden soll.

Die C. Lorenz Telephon- und Telgraphenwerke verteilen aus einem Reingewinn von 1 568 282 Mark (1 244 500 Mark i. V.) eine Dividende von 35 Prozent (i. V. 2 Proz + 10 Prozent Bonus). Im Geschäftsbericht heißt es: Der Auftragsbestand am Anfang des Geschäftsjahres 1919 erhöhte sich durch Eingang neuer Bestellungen auf eine verhältnismäßig große Summe, wobei jedoch zu beachten ist, daß durch die fortgesetzten Preissteigerungen diese Ziffern keinen wohl dem Werte nach als vor allen Dingen der Menge des Fabrikate gestatten. Der Umsatz ist gegen das Vorjahr sowohl dem Wertenach als vor allen Dingen der Menge des Fabrikates nach stark gesunken. Neben den Materialbeschaffungsschwierigkeiten ist die Verringung der Produktion im wesentlichen auf die herrschende Arbeitsunlust, Verkürzung der Arbeitszeit weit unter den Achtstundentag und zahlreiche Unterbrechungen der Arbeit durch Streiks usw. zurückzuführen. Auch im Berichtsjahre konnten die Preiserhöhungen nicht mit der Steigerung der Selbstkosten Schritt halten, da diese Steigerungen so schnell erfolgten, daß sie jede Vorausberechtigung unmöglich machten. Wenn trotzdem noch ein Ergebnis erzielt wurde, welches eine im Verhältnis zu dem uns aufgezwungenen hohen Ausgabekurse der Aktien und zu den angesammelten Reserven bescheidene Verzinsung ermöglicht, so ist dies darauf zurückzuführen, daß ein Teil der älteren billigeren Lagervorräte zur Verwendung gelangte und außerdem Beteiligungen und Abrechnungen erhebliche Einnahmen brachten, so daß hieraus eine Sondervergütung gewährt werden kann.

Reichskalirat. In der am 23. Juni unter dem Vorsitz des Wirklichen Geheimen Rats Dr. Richter abgehaltenen Vollsitzung des Reichskalirats wurde zu dem auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums in Ausführung der §§ 54 und 64 der Durchführungsvorschriften zum Kaliwirtschaftsgesetz aufgestellten Entwurfe über das Verbot des Abteufens von Schächten, über Stillegung von Kaliwerken und Schächten sowie hinsichtlich der Uebertragung der Beteiligungsziffern Stellung genommen. Es wurde beschlossen, den Entwurf nach weiterer Aufklärung verschiedener Punkte einer zweiten Lesung in einer möglichst bald einzuberufenden weiteren Sitzung des Reichskalirats zu unterziehen.

Gewerkschaft Vereinigte Constantin der Große. Bei einem Betriebsgewinn von 6,34 (i. V. 8,31) Mill. Mark werden zu Abschreibungen 2,23 Mill. Mark (2,59 Mill. Mark und 1,57 Mill. Mark auf Wertpapiere) verwendet. Nach Rückstellung von 1,01 (0) Mill. Mark für schwebende Entschädigungen und nach Abzug von 1,42 (0) Mill. Mark, die den Gewerken in Kriegsanleihe gewährt wurden, kommen noch 1,6 (3,4) Mill. Mark als Ausbeute an die Gewerken zur Verteilung.

Die König Friedrich-August-Hütte A.-G. in Potschappel verteilt auf das erhöhte Aktienkapital 12 Proz. (i. V. 6) Dividende.

Bank für Brauindustrie in Berlin und Dresden. Die Dividende für 1919/20 wird mit 7 Prozent (i. V. 6 Prozent) vorgeschlagen.

Die neuen Zuckerpreise. Bei der Bemessung der Höhe der im Herbst für das kommende Betriebsjahr neu festzusetzenden Rohzuckerpreise wird vor allem der Ausfall der Rübenernte mitsprechen. Doch kann als sicher angenommen werden, daß, wie gemeldet, ein Rohzuckerpreis von 250 Mark für den Zentner die Mindestgrenze bedeuten würde.

Der Internationale Verband der Seidenfärberei ermäßigte seine Färbpreise um 5 bis 10 Prozent.

Die Handelspolitische Vereinigung von Walzengießereien hat beschlossen, mit sofortiger Wirkung bei Verkäufen von Hartgußwalzen für das In- und Ausland den seither gemachten Preisvorbehalt fallen zu lassen, und wird bis auf weiteres zu festen Preisen verkaufen.

O **Die Wiedemannsche Druckerei Akt.-Ges. in Saalfeld schließt** das vergangene Jahr mit einem Verlust von 5 655 Mk. ab.

Die Spielwarenfabrik Karl Beck Aktiengesellschaft in Ohrdruf verteilt 20 Prozent gegen 7 im Vorjahre.

Todesfall. Der bekannte chemische Großindustrielle Geheimrat Friedrich Bayer, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Elberfelder Farbenfabriken vormals Friedr. Bayer & Co., ist im Alter von 69 Jahren gestorben.

Berliner Börse

vom 24. Juni 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch. Schatzsch VI—IX	75,10
5% Dtsch. Reichsanl.	79,75
4% " "	73,60
3½% " "	65,30
3% " "	63,20
4% Preuß. Konsols	72,40
3½% " "	61,30
3% " "	57,30
4% Charl. Stadtanl. 89/99	—
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl.	—
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf	100,00
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbf. 1911	99,50
4½% Dess. Gas Oblig	101,50
4% Dessauer Gas Obl.	97,00
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	27,00
4% Unger. Goldrente	57,50
4% Ungar. Kronenrente	29,25
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	—
Halle-Hettstedter	68,00
Schantungbahn	609,00
Allg. Lokal-Str.	101,00
Gr. Berl. Str.	136,25
Magdeburger Str.-B.	150,00
Prinz-Heinrich-B.	—
Orientbahn	182,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	182,64
Hambg. Südamerika	232,00
Hansa-Dampfschiff.	321,00
Nordd. Lloyd	177,75
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	155,00
Berl. Handelsges.	211,00
Commerz-Diskontobank	166,50
Darmstädter Bank	155,75
Dessauische Landesbank	278,50
Deutsche Bank	—
Diskonto-Comm.	207,00
Dresdner Bank	175,00
Leipzig. Credit-Anst.	163,00
Mitteld. Kreditbank	148,50
Mitteld. Privatbank	169,50
Nationalbank	146,00
Oesterr. Kredit	92,50
Reichsbank	148,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	240,00
Akt. f. Anilin	324,00
Allgem. Elektr. Ges.	263,25
Ammendorfer Papierfabrik	542,00
Anhalter Kohlenw.	198,00
Annaberger Steingut	360,00
Badische Anilin	423,50
Bergmann Elekt. Akt.	203,00
Berl. Masch.-Bau	217,00
Bismarckhütte	440,00
Bochumer Gußstahl	244,00
Chem.-Fabr. Buckau	367,00

Chem. Griesheim	289,00
Chem. Heyden	303,00
Consolidation Schalk	59[illegible],00
Cröllwitzer Papierfbk	—
Daimler Motoren	205,00
Deutsche Luxemburg	264,75
Deutsche Uebersee-Elektr.	—
Deutsche Erdöl	1000,00
Deutsche Gasglühl.	[illegible]
Deutsche Kali	398,00
Deutsche Waffen und Mun.	339,00
Donnersmarckhütte	321,00
Döring & Lehrmann	134,50
Dürrkoppwerk	424,00
Engelhardt-Brauerei	239,00
Elberfelder Farben	355,25
Felten & Guillaume	399,50
Gasmotoren Deutz	176,75
Gebhard & Co.	—
Gebhard & König	277,00
Gelsenkirchen Berg.	287,00
Glauziger-Zuckerfbk	410,00
Hallesche Maschfbk.	444,75
Hann. Masch.	332,50
Harpener Berg	286,50
Hasper Eisen	575,00
Hirsch Kupfer	249,00
Höchster Farbwerke	332,00
Hoesch Eisen u. Stahl	307,50
Hohenlohe Werke	164,00
Humboldt Masch.	157,00
Ilse Bergbau	324,00
Kahla Porzellan	373,00
Kaliw. Aschersleben	360,00
Körbisd. Zucker-Akt.	375,00
Kyffhäuserhütte	171,00
Lahmeyer & Co.	169,00
Lauchhammer	285,50
Laurahütte	190,00
Linke & Hofmann	307,00
Ludwig Loewe & Co.	262,00
Lothringer Hütte	244,00
Mannesmannröhren	325,00
Masch.-Fabr. Buckau	243,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	181,50
do. Caro Hag.	240,50
do. Kokswerke	415,00
Orenstein & Koppel	258,00
Phönix Berg	39[illegible],25
Rhein Metall-Vorz.	265,00
Rhein Stahlwaren	305,00
Riebeck Montan	275,50
Rombacher Hütten	240,50
Rositzer Braunk.	198,50
Rositzer Zucker	185,00
Sangerhäuser Masch	381,00
HugoSchneider A.-G.	243,00
Schuckert & Co.	170,00
Siemens & Halske	292,00
Stettiner Cham.	287,50
Stettiner Vulkan	209,75
Stollberger Zinkh.	241,00
Strals. Spielkarten	328,00
Thale-Eisenhütte	374,00
Triptis Porzellan	212,50
Türk. Tabakregie	740,00
Ver. Köln-Rottweiler	250,25
Ver. Glanzstoff	870,00
Wegelin & Hübner	159,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	575,00
Wittener Gußstahl	910,00
Wrede Mälzerei	141,00
Zeitzer Masch.	446,00
Zellstoff Walthof	28[illegible],00
Otavi-Minen	718,00

Tendenz: abgeschwächt.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 24. Juni 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	220,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	123,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	155,00
Mansfelder Gewerkschaft	2610,00
Portland, Zementfabrik Halle	145,00
Prehlitzer Braunkohlen	1500,00
Priorit.	1100,00
"	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200625016/fragment/page=0004